

# ***Solidarität***

***unsere Chance***

Nummer 135

Dezember 2017

---

Informationen des Österreichischen Solidaritätskomitees / Plattform proSV  
1070 Wien, Stiftgasse 8, Kontakt: [oesolkom@gmx.at](mailto:oesolkom@gmx.at) Web: <http://prosv.akis.at>

---

Redaktionsschluss 4.12.2017

**Großangriff von Schwarz-Blau auf den Sozialstaat:**

# **Hände weg von**



**Arbeiterkammer,  
Kollektivvertrag,  
Sozialversicherung!**

# Massiver Großangriff auf Kollektivvertrag, Arbeiterkammer, Sozialversicherung ...

Schwarz-Blau wollen „sparen“. 15 Milliarden Euro sollen hereinkommen. Nicht bei den Großen, die sollen weiter geschont werden und Steuergeschenke erhalten, sondern bei den „Kleinen“, bei der Masse der arbeitenden Menschen.

Die großangelegte Umverteilung von unten nach oben soll dadurch erreicht werden, dass im Zuge einer geplanten **Aufhebung der gesetzlichen Mitgliedschaft in Arbeiter- und Wirtschaftskammer** auch gleich die **Kollektivverträge (KV)** mit **ausgehebelt** werden sollen.

## Arbeiterkammer

Laut diskutierten schwarz-blauen Plänen soll die **Arbeiterkammer** durch Mittelkürzungen (Beitrags-senkung oder eben Aufhebung der gesetzlichen Mitgliedschaft von Arbeiter und Angestellten) erheblich geschwächt, die Unternehmerseite im Interesse der Industrie gestärkt werden.



Die Industrie will keine („Sozial-“) Partnerschaft mehr, die irgendwie noch die Arbeitenden vor Willkür schützt, sondern ein Diktat im Deckmantel der „Partnerschaft“ in der sie einseitig diktieren kann. Das soll ihr die neue FPÖVP-Regierung durchsetzen.

Eine **AK-Beitragskürzung** um „0,1%“ wie angeblich schon von der Industriellenvereinigung gewünscht und in FPÖVP-Kreisen diskutiert, würde das AK-Leistungsangebot erheblich einschränken.

Dazu zählen etwa Rechts- und Konsumentenschutz, Gesetzesbegutachtung, Arbeitsschutz, gesetzliche politische Vertretung der Arbeiter-

und Angestellten in den von Belegschafts- und GewerkschaftsvertreterInnen besetzten AK-Vollversammlungen, usw.

## AK-Beitrag

Der AK-Beitrag beträgt 0,5% des monatlichen Bruttoeinkommens der Arbeiter und Angestellten. In Summe hatte die AK zuletzt ca. 423 Millionen Euro Einnahmen im Jahr von rund 3,7 Millionen Mitgliedern.

0,1%-Kürzung klingt nicht viel. Aber: 0,1 % von 0,5 % ist sehr viel, würde eine Kürzung des AK-Jahresbudgets um ein Fünftel oder um rund 80 Millionen Euro pro Jahr bedeuten! AK-Personalabbau und damit Einschränkung der Schutz- und Hilfeleistung für die arbeitenden Menschen wären die Folge. Der „Gewinn“ für das einzelne AK-Mitglied hingegen wäre minimal: ca. 1,5 Euro pro Monat.

Hauptgewinner wären die Unternehmer, die bei einer so langsam ausgehungerten AK noch leichter die arbeitenden Menschen um die ihnen zustehenden Ansprüche (z.B. Löhne, Gehälter, Zulagen, Rechte wie Arbeitsschutz, Arbeitszeit) bringen könnten.

*(Weitere wichtige Fakten zur Notwendigkeit der AK für die arbeitenden Menschen siehe die Abbildung auf der nächsten Seite).*

## Kollektivvertrag und Pflichtmitgliedschaft

**Ohne Pflichtmitgliedschaft in der Wirtschaftskammer müssen Unternehmen den KV nicht einhalten.**

Derzeit gelten die jährlich ausverhandelten kollektiven Lohn- und Gehaltserhöhungen für alle Unternehmen der jeweiligen Branche und für jede/n, Arbeiter und Angestellten, egal ob er/sie

Gewerkschaftsmitglied ist oder nicht.

Auch das **13. und 14. Monatsgehalt** ist dann nicht mehr sicher, weil nur durch KV-gewährleistet und **nicht vom Gesetz** her garantiert.

Beinahe alle in Österreich unselbstständig Beschäftigten fallen unter einen Kollektivvertrag (98%). Damit rangiert Österreich an der Spitze der EU. Und das liegt nicht am überdurchschnittlichen Wohlwollen der Unternehmer, sondern daran, dass die Unternehmer sich nicht aussuchen können, ob sie den KV ihrer Branche anwenden müssen.

Wäre die Wirtschaftskammer hingegen eine Organisation mit freiwilliger Mitgliedschaft, würde auch das Kollektivvertragssystem nicht mehr so reibungslos funktionieren. Dann könnten sich die Unternehmen nicht nur aussuchen, ob sie Wirtschaftskammermitglied sein möchten, sondern damit verbunden auch gleich, ob der ausverhandelte Kollektivvertrag angewendet wird.



Würde die gesetzliche Mitgliedschaft abgeschafft, würden besonders auf der Unternehmerseite Einzelinteressen gewichtiger Gruppen und Lobbys viel größeren Einfluss bekommen. Bei den Wirtschaftskammern wären dies insbesondere Großunternehmen aus dem Bereich

**Fortsetzung Seite 4**

# Warum Arbeiterkammer und Kollektivvertrag so wichtig sind!

## Wie hoch ist der AK-Beitrag?

- 0,5 % des Bruttoeinkommens
- durchschnittlich ca.7 Euro/Monat
- 816.000 Menschen zahlen 0 Euro, weil z.B. arbeitslos oder in Karenz

## Was macht die AK mit den Mitgliedsbeiträgen?

- 2 Millionen Beratungen/Jahr
- 532 Millionen Euro für Mitglieder erstritten
- 40 Millionen Euro vom Finanzamt zurückgeholt
- 4,6 Millionen Euro Bildungsgutscheine

## AK und Kollektivvertrag

- im Auftrag der AK verhandeln die Gewerkschaften Kollektivverträge
- der Kollektivvertrags-Partner ist die Wirtschaftskammer
- Was haben Arbeiter und Angestellte von der Pflichtmitgliedschaft der Unternehmen in der Wirtschaftskammer?  
Unternehmen können nicht aus der Wirtschaftskammer austreten und müssen den Kollektivvertrag ihrer Branche anwenden. Deshalb ist die Industriellenvereinigung gegen die Pflichtmitgliedschaft.

## Vorteile des Kollektivvertrages

- In Österreich sind 98 % der Beschäftigten durch Kollektivverträge erfasst.
- In Deutschland z.B. nur 53%.
- Die Folge: Lohndumping!

## Die AK vertritt

- 3,7 Millionen unselbständig Beschäftigte

## Der AK-Konsumentenschutz kommt

- allen zugute, besonders jenen, die wenig Geld zum Leben haben – so auch den 2,3 Millionen Pensionisten

**Kopiert und verbreitet bitte diese wichtige Information!**

Bildet Gesprächsrunden – wir kommen nach Möglichkeit gerne und informieren. Anfragen an: [oesolkom@gmx.at](mailto:oesolkom@gmx.at)

## Fortsetzung von Seite 2

der Industriellenvereinigung, die aus diesem Grund auch mit einer Abschaffung der Pflichtmitgliedschaft sympathisieren.

### **Die gesetzliche Mitgliedschaft auf der Unternehmenseite verhindert also Lohndumping und Flucht aus dem Kollektivvertrag.**

In Deutschland etwa, wo es keine gesetzliche Mitgliedschaft gibt, gelten die dort verhandelten „Tarifverträge“ nur für rund 53 % der Beschäftigte und gibt es zum Beispiel auch keinen 13. und 14. Monatsgehalt.

Was **k e i n einheitlicher, flächendeckend gültige KV** bedeutet, hat sich kürzlich in Österreich beim Abschluss der Beamtengehälter für 2018 gezeigt. Einige Bundesländer wollten den von Bund und Beamten-gewerkschaft ausgehandelten Kompromiss nicht umsetzen – und könnten das gesetzlich auch (im Gegensatz zum von den Arbeiter- und Angestelltengewerkschaften – im Auftrag der AK – mit der Wirtschaftskammer für alle Arbeiter und Angestellten ausgehandelten KV).

Der Widerstand der betroffenen Bediensteten hat bewirkt, dass z.B. Oberösterreichs VP-FP-Landesregierung einlenken musste und die Beamten-Gehaltserhöhung nun zahlt.

### **Noch mehr Flexibilisierung im Interesse der Industrie**

Eine langjährige Forderung der Industrie ist eine umfassende „**Arbeitszeitflexibilisierung**“. Das heißt, **Arbeit auf Abruf** (Kapovaz) und bis zu **12 Stunden am Tag** mit immer weniger oder gar ohne Zuschläge.

Was das für Gesundheit und Familien mit Kindern bedeutet, sollte man sich einmal ausmalen! Bloß die Kindergartenzeiten auf Abend oder Wochenenden auszudehnen, bringt weder Kindern und Familien, noch den Kindergartenangestellten etwas. Im Gegenteil: es macht krank! Zudem – siehe Oberösterreich – soll man für Kinderbetreuung am Nachmittag

oder dann gar am Abend oder Wochenende bezahlen. Was die kommende FPÖVP-Regierung an eventuellen Zuckerln für Familien verspricht, wird dann gleich wieder weggenommen.

2017:

## **70 Jahre Betriebsrätegesetz, 70 Jahren Kollektivvertragsgesetz in der 2. Republik.**

\*

**Verteidigen wir die schwer  
erkämpften Rechte der  
Arbeitenden!**

\*

**Nein zu einer  
neoliberalen,  
autoritären  
3. Republik**



### **Angriff auf die Sozialversicherung**

Bei der **Sozialversicherung (SV)** (Kranken-, Pensions-, Unfallversicherung) geht es Schwarz-Blau II (wie schon Schwarz-Blau I von 2000 – 2006) nicht um „Einsparung“, sondern um weitere Umfärbung, letztlich um die Zerschlagung der sozialen Versicherung und darum, den größten Non-Profit-Bereich Österreichs im Umfang von rund 60

Milliarden Euro Jahresbudget (40 Mrd. Euro Kranken-, 20 Mrd. Euro Pensionsversicherung) noch mehr und letztlich ganz in private Hände umzuleiten.

Die immer vorgeschobenen, angeblich hohen Verwaltungskosten der Sozialversicherung machen aber nur ca. 2,5 bis max. 3% aus. In Ländern mit privater Versicherung betragen die Verwaltungskosten bis zu 30% (!), so eine jüngst veröffentlichten „Effizienz-Studie“ der der Wirtschaft nahestehenden „London School of Economics“.

Der wahre Hintergrund der Angriffe auf die Sozialversicherung: Der Gesundheitsbereich, so eine Prognose der Wirtschaftskammer, ist der größte und am schnellsten wachsende Wirtschaftsbereich. Den will man dem öffentlichen Sozialsystem entreißen, um damit profitable Geschäfte zu machen. Deshalb haben Wirtschaftskammervereiner schon in diesem Frühjahr über Pläne zur Privatisierung von „eigenen Einrichtungen“ der Sozialversicherung (Kurheime, Ambulanzen Reha-zentren,) laut nachgedacht (siehe ÖSK-Zeitung „Solidarität – unsere Chance, Nr. 132, Mai 2017).

Die privaten Versicherungen und Gesundheitskonzerne wollen an die Milliarden der Versicherten. Denn die Milliarden in der Sozialversicherung stammen zum überwältigenden Teil aus den Beiträgen der Beschäftigten (Angestellte und Arbeiter, ASVG): rund 90%. Mit der auch diskutierten Auflösung der AUVA (Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt) in die Krankenkassen würden nicht nur die Gesundheits- und Rehabilitationsangebote leiden und weniger, sondern ersparen sich die Unternehmen die Hälfte der jetzigen Beitragszahlungen.



**Plattform:  
Keine Zerschlagung  
der Sozialversicherung**

<http://proSV.akis.at>

## Arbeitslosigkeit, Mindestsicherung, Bildung

Für alle Arbeitenden, also auch für Menschen in Ausbildung und Lehre, gibt es Pläne, die Arbeitslosenunterstützung so umzubauen. So wird diskutiert, künftig die **Notstandshilfe zu streichen** und Langzeitarbeitslose (die ja für ihr Los nichts können bei 10-mal so vielen Arbeitslosen als offenen Stellen) danach gleich in die **Mindestsicherung** fallen zu lassen, die ja FPÖVP, Kurz, Strache und Hofer umbauen wollen: und zwar nicht nur für Asylwerber, sondern auch für „alle, die noch nie ins System eingezahlt haben“ soll sie **gekürzt oder gestrichen** werden.

Ins System nicht eingezahlt haben ja auch **Schüler**, die nach dem Fertigwerden Jobs suchen oder **Studenten** bis nach dem Studium (sofern sie nicht in prekären Arbeitsverhältnissen einen Spott bekommen). Die würden dann alle – also Hunderttausende – **aus dem Sozialsystem fallen**. Reiche können sich das leisten, die Mehrheit der nicht reichen Bevölkerung nicht! Um den Uni-Zugang zu erschweren, sollen Studiengebühren und Zugangsbeschränkungen kommen. Im **Schulsystem** soll massiv „zurückreformiert“ werden (siehe Beitrag an anderer Stelle).

### Pensionen – Gefahr Altersarmut

Obwohl FPÖVP zwar davon reden, die Mindestpensionen anheben zu wollen, sollen vor allem die künftigen **Pensionisten** nach den Plänen von FPÖVP für das Ziel der 15-Milliarden-Euro-Einsparung für die Reichen und Konzerne draufzahlen.

Schon Schwarz-Blau I (2000 – 2006) haben unter den verharmlosenden Titel „Pensionsharmonisierung“ die Pensionen im Schnitt um monatlich ca. 200,- Euro bei Männern und um rund 400,- Euro bei Frauen gekürzt (Berechnungsbasis: 2.000,- Euro brutto/Monat) gekürzt!

Durch die geplante weitere Verschärfung des Pensionszuganges und Anhebung des Pensionsantrittsalters über 65 hinaus –

Richtung 70 Jahre, wird die Situation weiter verschärft. Warum? Weil es für ältere Menschen bei weitem nicht genügend und passende Jobangebote gibt.

Damit werden ältere Menschen, die ihr Leben lang gearbeitet haben, in die Arbeitslosigkeit oder in immer schlechter bezahlte Jobs oder gar in eine immer mehr gekürzte Mindestsicherung (siehe oben) abgeschoben.

## Aufrüstung und Überwachung

Während bei Sozialem der Rotstift massiv angesetzt wird, soll für „Inneres“ und „Heer“ das Füllhorn ausgeschüttet werden. Allein das Militärbudget wird bis 2020 um 50% auf 3 Milliarden Jahresbudget erhöht.

(Siehe auch Beitrag zur Neutralität an anderer Stelle dieser Ausgabe).



**Nach den Wahlen:**

# **Es droht eine neoliberale, austro-autoritäre 3. Republik**

**Für Kurz und Strache wurde die Medientrommel gerührt wie noch nie und so deren Sieg befördert.**

Erreicht wurde das vor allem dadurch, dass man besonders die SPÖ und Kanzler Kern schlecht- und herabgemacht hat. Das war nicht schwer, weil die Menschen doch eher jene abstrafen, von denen sie erwartet hätten, dass sie den Worten: „Wir sind für die arbeitenden Menschen da“ auch entsprechende Taten folgen lassen. Das war aber immer weniger bis gar nicht mehr der Fall.

## **Die „Auserwählten“: Alte Absahner im neuen Gewand**

Von ÖVP und FPÖ, den waschechten Vertretern von Konzern, Industrie- und Finanzkapital, den waschechten braunblauen Österreich leugnenden, deutschnationalen Burschenschaffern haben sich die arbeitenden Menschen nie wirklich etwas erwartet, außer dass durch eine Stimme für FPÖVP wenigstens die „Roten“ nicht mehr an den Futtertrögen sitzen.

Vergessen scheint, dass die Schwarzen die letzten 31 Jahre immer und die Blauen zuletzt 2000 – 2006 in der Regierung mit der VP dabei waren beim Demokratie- und Sozialabbau und beim Absahnen.

Auch jetzt sind sie – im neuen Türkis-Gewand – wieder mit dabei und ebnen den neuen „Jungbuberln“ und „Jungmäderln“ in der VP und den inzwischen zu „Altbuberln“ gewordenen in der FP den Zugang zu den Futtertrögen im Namen von „Es ist Zeit“ und „Neue Gerechtigkeit“.

## **Versagen der SPÖ = „Sieg“ von FPÖVP**

Die Mandatsmehrheit von Schwarz-Blau ist kein Sieg der FPÖVP, sondern die Schwäche der SPÖ, die Folge ihres Verrates an den arbeitenden Menschen. Was bei vielen aus berechtigter Enttäuschung und Wut als Protest mit dem Stimmzettel gegen „die da oben“ gedacht war, entpuppt sich schnell als Bumerang. „Gespart“ wird nicht oben, sondern unten. Vor allem durch

kräftige Kürzungen und tiefe Einschnitte im Sozialsystem – und das keinesfalls „nur“ bei Asylsuchenden, wie das Beispiel Oberösterreich zeigt, sondern bei allen, wo generell 10% gekürzt wird, z.B. für Kindergarten-Nachmittagsbetreuung nun ein Beitrag zu zahlen ist.

## **Das Kreuz mit dem „Kreuzerl“-Protest**

Was im Nachhinein einmal mehr beweist: Mit dem Wahl-Kreuzerl allein ist kein wirksamer Protest zu machen. Das nützen nur die jeweils anderen Politeliten zur noch stärkeren Bereicherung ihrer selbst (siehe Schwarz-Blau I und Grasser & Co Prozesse bis heute) und ihrer Klientel wie Industrie, Großbauern usw.

## **Neoliberale austro-autoritäre 3. Republik**

Mit dem Blankoscheck der Wähler, die Protest üben wollten, wird, wie es schon der frühere FP-Chef Jörg Haider versuchte, nun erneut und verstärkt darangegangen, Österreich die 3. Republik zu verpassen. Den ersten Anlauf dazu nahmen Schwarz-Blau ja unter VP-Kanzler Schüssel.

Heute sind alle Parteien nach rechts gerückt. Medial wird so getan, als wäre das ganz normal. So kommt der neo-austro-autoritäre „Anti-Sozi“-Kurs von Sebastian Kurz, Blümel und Co und der mehr denn je stramm deutsch-nationale Burschenschaffter-Kurs von Strache, Hofer, Graf und Co flockig, modern, kreidestimmig und NLP-trainiert daher. Mit freundlichem Lächeln wird menschenverachtend gehetzt. Law & Order, Härte, Zwang und Strafe werden propagiert. Heer, Polizei, Überwachung und Aufrüstung werden mit Milliarden Euro, die man dem Sozial-, Gesundheits- und Bildungsbereich entzieht, gegen die eigene Bevölkerung im Namen von „Schutz vor Flüchtlingen“ ausgebaut. „Heimatschutz“ heißt das neuerdings.

## **Nur Widerstand hilft**

Das Wahlergebnis für die SPÖ hat gezeigt, dass die SPÖ-Wähler keinen

weiteren Rechtsruck der SPÖ wollen. In Wien oder auch in Innsbruck, wo die SPÖ-Spitzen im Finale des Wahlkampfes, um zu retten was zu retten ist, gegen eine Koalition mit der FPÖ auftraten, konnten sie zulegen. Dort, wie im Burgenland oder in den sogenannten „Flächenbezirken“ Wiens, in denen SP-Bezirkschefs für eine Koalition mit der FPÖ eintraten, verloren diese erheblich Stimmen.

Wollen wir Ärgeres verhindern, ist außerparlamentarischer, organisierter Widerstand von unten dringend nötig. Ansonsten wird Schwarz-Blau II eine noch viel größere Entsolidarisierung und soziale Verwüstung anrichten als schon Schwarz-Blau I. Zuwarten bis die Angriffe erfolgen, ist fahrlässig. Da kann es schon zu spät sein.

## **AK-Mitglieder-Urabstimmung: JETZT!**

Die künftige FPÖVP-Regierung will über die Abschaffung der Pflichtmitgliedschaft abstimmen lassen, per „Volksabstimmung“ von oben. Dabei würden auch AK-Nichtmitglieder über eine gesetzliche AK-Mitgliedschaft abstimmen. AK-Präsident Rudolf Kaske sagte dazu richtig: „Wer Wind sät, wird Sturm ernten“.

Der Wind ist gesät! Daher sollte die AK schnell eine Urabstimmung unter ihren Mitgliedern durchführen und so ein klares, starkes Zeichen gegen die Regierungspläne setzen.

Vor 20 Jahren, als schon FP-Chef Haider eine Demontage der AK versuchte, ergab die AK-Mitglieder-Urabstimmung 90% Zustimmung zur AK und gegen die Hetze! Heute steht die AK bei den Mitgliedern weit besser da als damals.

**Gewerkschaften, AK und SPÖ sind mehr denn je gefordert. Sie müssen gemeinsam und aktiv ihre Mitglieder und Betriebsräte mobilisieren, sich ausschließlich an den Interessen der arbeitenden Menschen orientieren und keinen faulen Regierungskompromissen zustimmen. Andernfalls schaden sie den arbeitenden Menschen und sich selbst enorm!**

Wirkung des Schwarz-Blauen-Wahlergebnisses:

## Da hat die Kronen-Zeitung aber „schlechte Arbeit“ geleistet!

Die „Kronen-Zeitung“ hat im Wahlkampf massive Propaganda für Neo-VP-Chef Sebastian Kurz mit seiner die türkisen „Neue ÖVP“ und FP-Chef H.C. Strache gemacht.

Trotzdem ist es der Krone nicht gelungen dieses Spektakel bei der Bevölkerung als positiv zu verkaufen. Im Gegenteil.

Zusammen 46% der Wahlberechtigten wählten zwar ÖVP und FPÖ. Doch bereits einen Tag nach der Wahl gaben 75% der Befragten des Krone-Votings an, dass sie NICHT glauben, dass sich nach der Wahl ihr Leben verbessern würde.

Quelle: Kronen-Zeitung 16. Okt. 2017



Österreich bei EU-Militarisierung dabei:

## Aushebelung der Neutralität



Mitte November hat ÖVP-Außenminister und Kanzlerkandidat Sebastian Kurz der „Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit“ (SSZ) bzw. „Permanent Structured Cooperation“ (PESCO) der EU, also der weiteren EU-Militarisierung im Sinne des EU-Vertrages (Art. 42, Abs 6), zugestimmt. Das ist mit Österreichs Neutralität nicht vereinbar, Verfassungsbruch und Landesverrat und widerspricht dem Willen der überwältigenden Mehrheit der Österreicher und Österreicherinnen.

Die SSZ-Teilnahme verpflichtet Österreich, für militärische EU-Auslandseinsätze nicht nur sein Militärbudget zu erhöhen, sondern auch Material und Truppen zur

Verfügung zu stellen. Deshalb soll das Heeresbudget auf bis zu 3 Milliarden im Jahr bis 2020 erhöht werden soll. Gerade weil das NICHT mit der österreichischen Neutralität vereinbar ist, wirft Kurz Nebelgranaten und sagt: „Das ist mit der Neutralität vereinbar“. Dagegen sagt auch der künftige Koalitionspartner FPÖ nichts: Schon im Feber dieses Jahres trat FP-Strache, der selbsternannte „Hüter der Neutralität“, für eine Beteiligung Österreichs an einer EU-Armee und sogar für eine Atombewaffnung der EU-Armee ein (Kurier, 26.2.2017).

Auch gab es zur rechtsverbindlichen Unterschrift des neutralen Österreich zum EU-Militärpakt KEINEN PROTEST von der auf dem Sprung in die Opposition befindlichen SPÖ. Dabei hätte Noch-SPÖ-Kanzler Kern seine Position dazu nutzen müssen, den Neutralitäts-Ausverkauf, den Landesverrat durch FPÖVP-Kurz & Strache zu verurteilen.

Das dies nicht geschieht, hat seinen Grund: So hat SPÖ-Heeresminister Doskozil in seiner Amtszeit es auch als „interessensgeleitete Neutralität“ bezeichnet, wenn er neutralitätswidrig österreichische Soldaten unter Deutschlands oder NATO-Kommando in den Kosovo, nach Afghanistan, Mali usw. schickt(e). Auch die

NEOS- und die PILZ-"Opposition", die selbsternannten "Neu-Kontrolleure", schweigen dazu, das heißt sie stimmen zu.

Sowohl SPÖVP-Alt-Regierung als auch die künftige FPÖVP-Neu-Regierung als auch die „Opposition“ regieren im Parlament gegen die Verfassung, gegen das Volk.

Dem Neutralitäts-Ausverkauf von oben müssen wir den Widerstand und den aktiven, außerparlamentarischen Einsatz für die Neutralität von unten entgegensetzen. Dazu sind die TeilnehmerInnen bei unserer Veranstaltung am 21. November: „Wie geht's weiter nach den Wahlen? Gegen Sozialabbau. Für Neutralität!“ übereingekommen.

### Unterschriftenliste:

**JA zur Neutralität – Nein zur Kriegsteilnahme**

[www.atomgegner.at/Aktuelles.htm](http://www.atomgegner.at/Aktuelles.htm)



## Gehirnwäsche und Überwachungsstaat schon ab dem Kindergarten!

Die geplante Wiedereinführung der Notengebung in den Volksschulen soll noch mehr aussieben und den sozialen Aufstieg z.B. in die AHS gänzlich bremsen. Noch mehr Tests und „Kommissionen“ sollen schon in der 3. Volksschulklasse über sozialen Auf- oder Abstieg entscheiden. Laut weiteren Plänen der FPÖVP-Koalitionsverhandler sollen Kinder künftig bereits ab dem Kindergarten digital überwacht werden.

Im türkis-blauen Neusprech heißt das: „**Einführung einer durchgehenden Bildungs- und Leistungsdokumentation für jeden Schüler ... beginnend ab dem verpflichtenden Kindergartenbesuch** (in Zukunft bereits ab dem 4.Lebensjahr – zweites

verpflichtendes Kindergartenjahr – geplant) **bis zum Abschluss der schulischen Bildungslaufbahn.**“ In den künftigen Lehrplänen soll „**wirtschaftliche Kompetenz und unternehmerisches Denken**“ sowie die „**Erweiterung von Geschichte, Sozialkunde sowie Staatskunde und politische Bildung**“ verstärkt berücksichtigt werden. Wie? Indem „**unzählige Erlässe zum Bereich der politischen Bildung**“ an den Schulen durchforstet werden. (obigen Zitate aus: Kronenzeitung, 27.11.2017)

Und worum geht es dabei? Um das „**... linke Schulsystem ... Das wollen wir ändern.**“, so FP-Strache ganz unverblümt für die FPÖVP-Koalition (Kurier, 30.11.2017).

Die Schule soll also nun im Sinne von Schwarz-Braun (pardon: Türkis-Blau) umgefärbt werden. Zudem sollen Schulen künftig unter dem Titel „mehr Autonomie“ ausdrücklich Sponsoren aufstellen dürfen. Das heißt: Unterwerfung der Schulen unter die blau-schwarze Ideologie und unter die finanzielle Abhängigkeit bzw. den Einfluss der Industrie.

Das „Neue“ der „Neuen ÖVP“ und die „Freiheit“ der „Freiheitlichen“ (FPÖ) entpuppt sich als noch mehr Überwachung, Gehirnwäsche und Zwang als schon bisher. Es ist Zeit, sich dagegen zur Wehr zu setzen!

(weitere Quellen: APA, ORF-Ö1, 27.11.2017)

## Paradiesische Zustände – für wen?

**Nach den sogenannten „Panama Papers“ haben es nun auch die sogenannten „Paradise Papers“ einmal mehr gezeigt: Die Konzerne und die Superreichen verschieben ganz legal ihr Geld am Staat vorbei ohne Steuern zu zahlen in diverse Steueroasen.**

Nach den „Paradise Papers“ liegen 8.900.000.000.000 (8,9 Billionen) Euro in Steueroasen. Dem österreichischen Staat, sprich den arbeitenden Menschen in Österreich, entgehen durch Steueroasen geschätzte 13% an Unternehmenssteuern. (Quelle: G. Zuccman/Uni Berkeley)

Die künftige Regierung, die ja nach Milliarden für's Budget sucht, hätte auf einen Schlag zusätzliche Steuer-

einnahmen in Milliardenhöhe – und keinen Vorwand mehr dafür, dass sie angeblich wegen fehlender Finanzierung bei Mindestsicherung, bei Pensionen, bei Sozialversicherung, bei Gesundheit, Bildung usw. „sparen“ und daher das Sozialsystem „umbauen“, das heißt zusammenstreichen müsse. Sie bräuchte sich das Geld nur dort zu holen, wo es tatsächlich liegt: bei den Konzernen und Superreichen. Aber das war schon bei der SPÖVP-Regierung nicht das Ziel und wird es noch weniger bei der offen der Industrie verpflichteten FPÖVP-Regierung sein.

Es ist genug Geld da, wenn man es sich nur dort holen würde, wo es liegt. **Schluss mit der Belastung der Masse der arbeitenden Menschen und Schonung der Reichen und Konzerne!**

### **BITTE NEUES** **Spenden-Konto** **verwenden!**

**Einzahlungen**  
mit beiliegendem Zahlschein  
oder per Überweisung

**EmpfängerIn:** ÖSK

**Verwendungszweck:** Spende

**IBAN:**

**AT85 6000 0101 1022 7626**

**BIC:** BAWAATWW

**Das alte Konto wird per  
Jahresende 2017 aufgelöst.  
Einzahlungen darauf erreichen  
uns dann nicht mehr!**

### **Wer ist das Österr. Solidaritätskomitee?**

Wir sind ein Forum von Kolleginnen und Kollegen, die wieder mehr sozialistische Grundsätze und Denkweise in ihrer gewerkschaftlichen Arbeit für die Rechte der arbeitenden Menschen als ihre Richtschnur sehen. Das ÖSK erhält sich ausschließlich aus den Spenden seiner LeserInnen und AktivistInnen.

### **Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen!**

Wir danken für die Zusendungen und Einzahlungen auf die wir in Sinne unserer gemeinsamen Arbeit auch in Zukunft angewiesen sind.

**Wir wünschen allen unseren  
LeserInnen und SpenderInnen  
erholsame Feiertage und  
alles Gute für 2018!**

**Mit kollegialen Grüßen  
Das ÖSK-Team**